

Primatenforschung in Europa

Seit 2010 erlaubt eine hart erkämpfte EU-Richtlinie unter strengen Vorgaben wissenschaftliche Studien an Primaten. Doch in einigen EU-Staaten droht die Umsetzung in nationales Recht zu scheitern. Der Grund: Widerstand von Tierschutzverbänden.

Von Alison Abbott

Das schlimmste Erlebnis während seines jahrelangen Kampfes um seine Forschungen war für Andreas Kreiter, als seine Frau nach der Geburt des zweiten Kindes nach Hause kam und eine Morddrohung gegen ihren Dreijährigen vorfand. Kreiter, Neurowissenschaftler an der Universität Bremen, untersucht Hirnfunktionen unter anderem bei Makaken. Seit er dort arbeitet, ist er Verleumdungen und immer wieder auch

Aggressionen von Tierschutzaktivisten ausgesetzt. Auf dem Höhepunkt der Proteste in den späten 1990er Jahren musste er unter Polizeischutz leben. Trotz alledem gab er seine Studien nicht auf. »Als ich mich für Primatenforschung entschied, habe ich mir das sehr gründlich überlegt«, sagt er. »Ich halte sie für notwendig, wenn wir das menschliche Gehirn verstehen wollen.«

Später trat ein weiterer Gegenspieler auf den Plan: der Bremer Senat. Die Stadt suchte die Primatenforschung einzudämmen, und die für die Genehmigung von Tierexperimenten zuständige Gesundheitsbehörde erlaubte Kreiters Versuche 2008 nicht mehr. Der Streit ging durch die gerichtlichen Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht, das Anfang 2014 wie vorher schon die Gerichte Bremens zu Gunsten dieser Forschungen entschied (siehe Kommentar S. 32/33).

Der Vorgang ist kein Einzelfall in Europa. Vielerorts tauchen unvermittelt lokale Regelungen auf, die den Geist einer Richtlinie der EU von 2010 zu verzerren drohen, die Forschung an nichtmenschlichen Primaten ausdrücklich zulässt. Auch wenn sich einige Wissenschaftler nach eigener Aussage dadurch sicherer fühlen als vorher, was die Zukunft ihrer Arbeit betrifft, sind andere plötzlich mit schwierigen und unerwarteten Situationen konfrontiert, wenn Tier-

AUF EINEN BLICK

EU-KOMPROMISS UNTER BESCHUSS

1 Bis Anfang 2013 hätten alle EU-Staaten eine **europäische Richtlinie** zu Tierversuchen, die 2010 nach jahrelangem Ringen zu Stande kam, in **nationales Recht** umsetzen sollen. Doch nicht alle Mitgliedstaaten sind der Weisung gefolgt.

2 **Tierschutzaktivisten** und **Tierversuchsgegner** erzeugen in manchen Ländern so viel Druck, dass die Gesetzgebung sich verzögert oder das Gesetz widerrechtlich verschärft wird.

3 Das schränkt auch die **Primatenforschung** stark ein. In der Folge werden Studien zunehmend ins Ausland verlagert, nicht wenige nach Asien.



Zehn Jahre Verhandlungen auf EU-Ebene, an deren Ende eine Richtlinie mit strengen Restriktionen für Tierforschung stand, haben Tierversuchgegner nicht beschwichtigt. In manchen Ländern formiert sich die Aktivistenfront gerade neu.

schutzaktivisten bald die Forscher persönlich angehen, bald regionale politische Entscheidungsträger unter Druck setzen – das alles in einer Zeit, in der die EU die Umsetzung (»Translation«) von Grundlagenforschung in neue Therapien vorantreibt – was nun einmal oft Tests an Primaten erforderlich macht.

Parteinahme sogar von Fluggesellschaften

Es gibt Forscher, die sich der Lage stellen, indem sie ihre Arbeit verstärkt in die Öffentlichkeit tragen. Andere haben entweder Affenversuche ganz aufgegeben oder verlagern die Experimente ins außereuropäische Ausland, vor allem nach Asien. »Mit Druck muss ein Primatenforscher immer rechnen, weil wir es mit einer wertvollen, sensiblen Ressource zu tun haben. Eine traurige Ironie wäre, wenn Schlüsselentwicklungen ausgerechnet in Länder verlegt werden, die unsere hohen Standards des Tierwohls nicht erfüllen«, meint Roger Lemon vom University College London. Er untersucht,

wie das Gehirn die Feinmotorik der Hand kontrolliert; daraus sollen einmal Schlaganfalltherapien erwachsen. Druck wird auf viele Arten ausgeübt. So transportieren beispielsweise in den Vereinigten Staaten kommerzielle Fluggesellschaften keine Primaten mehr für die Forschung. Die meisten Fluggesellschaften in Europa haben ähnliche Bestimmungen; zu den Ausnahmen gehört Air France.

Besagte EU-Richtlinie zu Tierversuchen schien ein Schritt hin zu klaren Verhältnissen und akzeptablen Vorgaben für Affenexperimente. Die EU erließ sie im September 2010 nach über zehn Jahren heftiger öffentlicher Kontroverse. So sorgsam, wie die Richtlinie zwischen Tierwohl und wissenschaftlichen Anforderungen abwägt, hätte man erwartet, dass sie die Spannungen mildert. Unter anderem gibt sie für das Wohl aller Tiere Mindestanforderungen vor, definiert Schmerzintensitäten und untersagt sogar die meiste Forschung an Menschenaffen. Eine hart erkämpfte Klausel – die nach intensiver Lobbyarbeit von biomedizinischer Seite

noch quasi in letzter Minute aufgenommen wurde – erlaubt ausdrücklich Grundlagenforschung an nichtmenschlichen Primaten für den Fall, dass Studien an anderen Tieren nicht durchführbar sind. Diese Richtlinie sollten die EU-Staaten bis zum 1. Januar 2013 gesetzlich verankern, und die nationalen Gesetze durften bei den Beschränkungen nicht strenger ausfallen als das EU-Gesetz.

Trotzdem gaben die Aktivisten nicht auf. Sie setzten nun stärker auf Medienwirksamkeit und schafften es damit in mehreren Ländern, die Umsetzung der Richtlinie hinauszuzögern. Im Fokus stünden jetzt mehr die politischen Entscheidungsträger als die Forscher, erklärt Robert Molenaar, Kampagnenmanager des ADC (Animal Defence Corps), der in

den Niederlanden und Belgien tätigen Koalition gegen Tierversuche. Vorrangig würde sich der ADC auf Affenforschung an Universitäten konzentrieren, denn damit käme man leicht in die Presse und könne Einfluss auf die politische Meinung nehmen. Seine Organisation pflegt auch internationale Verbindungen. Sie arbeitet eng zusammen mit dem Schwes-terverband AVC in Großbritannien, der Anti-Vivisektions-Koalition. Deren Anführer Luke Steele saß neun Monate im Gefängnis; 2012 war er wegen fortgesetzter Belästigung von Mitarbeitern der Niederlassung von Harlan Laboratories im britischen Blackthorn verurteilt worden. Dabei handelt es sich um ein Auftragsforschungsunternehmen mit Hauptsitz in Indianapolis (USA). Im Gefängnis hatte Steel Zeit, über

KOMMENTAR

Wissenschaft unter der Knute der Politik

Ein Neurowissenschaftler schildert den Nervenkrieg, den ihm Tierschutz-Extremisten und Politiker liefern.

Von Andreas Kreiter

Üblicherweise verläuft das Leben eines Wissenschaftlers innerhalb der Grenzen der Normalität. Doch meines erschien mir in den letzten fast zwei Jahrzehnten so surreal, dass es eher einem Traum glich, aus dem man aufzuwachen erwartet. Dieser Albtraum ist nun hoffentlich endgültig Vergangenheit. Anfang Februar bestätigte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen. Demnach war die lang anhaltende Verweigerung der Genehmigung meiner Versuche an Makaken im Bereich der Hirnforschung durch die Bremer Gesundheitsbehörde nicht rechtmäßig. Was ich erlebt habe, lehrt einiges darüber, wie Öffentlichkeit und Politiker mitunter mit Wissenschaftlern und deren Unterstützern umspringen und dass man sich dagegen wehren kann und muss.

Der Nervenkrieg begann 1997, als ich einen Ruf an die Universität Bremen annahm. Ich bin Neurowissenschaftler und erforsche unter anderem an Makaken neuronale Mechanismen der visuellen Wahrnehmung und Aufmerksamkeit. Noch bevor ich die Stelle antrat, brachten Tierversuchsgegner in der Stadtmitte Bremens ein Plakat an, das mich als Affenfolterer bezeichnete und dazu aufrief, mich aufzusuchen oder anzurufen. Zu diesem Zweck waren meine Dienst- und Privatadresse einschließlich der Telefonnummern angegeben.



HARALD BEHNING / ZOO UNIVERSITÄT BREMEN

Andreas Kreiter ist Neuro-wissenschaftler und hat seit 1997 eine Professur für Zoo-physiologie an der Universität Bremen inne. Er erforscht Mechanismen neuronaler Informationsverarbeitung des kortikalen visuellen Systems auf der Ebene der Netzwerke einzelner Nervenzellen.

Dies war der Beginn einer äußerst aggressiven und verleumderischen Kampagne – bis hin zu Morddrohungen, auch gegen meine Frau und unseren damals dreijährigen Sohn. Tierschutzaktivisten zerstörten ein Labor der Universität, und einmal wurde ich von einem aufgeputschten Mob gejagt – weshalb ich in der Folge für lange Zeit unter Polizeischutz stand. Parallel zu diesen Ereignissen war die Presse dazu übergegangen, ganz überwiegend die extremen Positionen der Tierversuchsgegner darzustellen und zu übernehmen.

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Die Universität verwarf die fertigen Umbaupläne für die Unterbringung meiner Arbeitsgruppe und wies uns stattdessen Räume in einem Gebäude zu, das besser zu sichern, aber für unsere Forschung zunächst ungeeignet war. Damit war an eine Fortführung laufender Projekte erst einmal nicht mehr zu denken. Meine Zeit und Energie musste ich weit gehend in die erneute Planung der notwendigen Umbauten und in die Auseinandersetzung mit den anhaltenden Hetzkampagnen investieren.

Vor gut zehn Jahren besserte sich die Lage ein wenig, nachdem sich die überregionale Presse des Themas angenommen und es in ausgewogener Weise zu diskutieren begonnen hatte.

Strategien nachzudenken. Forscher würden gern am Gewohntesten festhalten, sich also Alternativen nicht gern öffnen, überlegte er sich. Er habe begriffen, dass es mehr bringe, politische Entscheidungsträger anzugehen.

Die Debatte neu aufrollen – zu welchem Preis?

Vor allem AVC und ADC trieben die »Initiative gegen Vivisektion« voran, welche verlangt, die EU-Richtlinie außer Kraft zu setzen und Forschung an Tieren grundsätzlich zu verbieten. Gestartet im November 2012, bekam die Petition innerhalb eines Jahres über eine Million Unterschriften; sie werden derzeit überprüft. Sollte die Eingabe akzeptiert werden, würde die Initiative in der Europäischen Kommission

und im Europäischen Parlament Anhörung finden. »Dann wäre die Debatte wieder eröffnet. Darauf könnten wir alle gut verzichten, so viel Arbeit, wie die EU-Kommission, Wissenschaftler und Tierschutzverbände in den Kompromiss gesteckt haben«, seufzt Stefan Treue, Direktor des Deutschen Primatenzentrums in Göttingen, der die Europäische Kommission bei der EU-Richtlinie beriet.

Treue bezweifelt allerdings, dass die Kampagne die europäische Gesetzgebung verändern wird. Die Forderung der Politik nach neuen Therapien sei zu stark. Wie viele seiner Kollegen wünscht er sich jedoch, Primatenforscher würden ihre bisherige Taktik des Stillhaltens aufgeben, weil sie so den Aktivisten das Feld überließe. Zwei Monate nach

Infolgedessen wurden auch die Gewaltandrohungen vor Ort weniger. Aber der nächste Gegner lauerte schon im Hintergrund: die Politik.

Vor der Bremer Bürgerschaftswahl 2007 versprachen Kandidaten maßgeblicher Parteien, sie würden im Fall ihrer Wahl die Forschung meiner Arbeitsgruppe beenden. Und tatsächlich verfolgten die Verantwortlichen im neuen Senat dieses Ziel: Sie verweigerten die erneute Bewilligung meiner neurobiologischen Studien mit Makaken, womit sie sich über Bundesrecht und das zu Grunde liegende Grundrecht der Freiheit von Forschung und Lehre hinwegsetzten.

Vermutlich um zu begründen, warum dieselbe Art von Experiment zur selben Art von wissenschaftlicher Fragestellung wie bisher jetzt plötzlich dieselben Gesetzesanforderungen nicht mehr erfüllen sollte, wählte die Behörde einen ungewöhnlich kreativen Weg, die Rechtsvorschriften zu interpretieren – einschließlich der Auffassung, dass diese der öffentlichen Meinung untergeordnet werden sollten.

Um die Ablehnung meiner Anträge auf Tierversuche zu begründen, ließ die Behörde außerdem eine Reihe von Gutachten zum Belastungsgrad der Makaken erstellen. Aus diesen wurde dann der maximal mögliche Belastungsgrad herausgelesen, vergleichbar dem eines Tiers, das zum Beispiel an einer langen, schweren Krankheit verendet.

Diese Gleichsetzung war offensichtlich absurd. Unsere neurobiologischen Untersuchungen gelingen nur, wenn wir mit den einzelnen Versuchstieren über Jahre hinweg arbeiten und ihnen unter anderem beibringen können, komplexe Verhaltensaufgaben zu lösen. Das ist nur möglich, wenn die Makaken körperlich und hinsichtlich ihres Verhaltens völlig gesund sind. Im Rahmen des Gerichtsverfahrens wurde jedoch deutlich, dass die wenigen Stellungnahmen unabhängiger Fachleute in der Abwägung unberücksichtigt geblieben sind. Die stattdessen verwendeten Gutachten stammten ganz überwiegend von Gegnern, die bekanntermaßen Tierversuche seit Jahren ablehnten und hier über den Belastungsgrad von Tieren urteilten, die sie niemals selbst gesehen hatten.

Da es für das Verbot meiner Forschung weder eine biologisch oder tiermedizinisch tragfähige Begründung noch eine rechtliche Grundlage gab, ging ich mit Unterstützung der Universität 2008 vor Gericht.

Letztlich erhielten wir in allen Instanzen Recht: Die erste wie auch die folgenden Instanzen verwiesen auf die Unrechtmäßigkeit und Gesetzeswidrigkeit der offensichtlich politisch motivierten Verwaltungsentscheidung. Nichtsdestotrotz weigerte sich die Behörde, die Urteile zu akzeptieren, und trieb das Verfahren bis vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, vermutlich in der Hoffnung, dass ich zwischenzeitlich aufgeben würde. Meiner Ansicht nach zeigt sich hier ein beängstigender Mangel an Respekt vor dem Gesetz und den Grundrechten, der bereits totalitäre Züge aufweist.

Der Urteilsspruch von Leipzig hat mein Vertrauen in unser Rechtssystem und die im deutschen Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung in Teilen wiederhergestellt. Nichts dergleichen lässt sich über die Politik sagen. Nach wie vor gibt es keine Anzeichen dafür, dass Behörden oder Politiker die Unvertretbarkeit ihrer Vorgehensweise einsehen oder aus den Vorgängen gelernt haben und sich um eine Wiedergutmachung des angerichteten Schadens bemühen.

Obwohl die moderne Gesellschaft zunehmend auf hoch spezialisierte Wissenschaft angewiesen ist, zeigen meine Erfahrungen und ähnliche Fälle von Kollegen, dass wichtige Gebiete mit einer relativ kleinen Anzahl beteiligter Forscher sehr leicht kurzlebigen opportunistischen Zielen von Politikern und Medienvertretern zum Opfer fallen können. Darin besteht eine bislang unterschätzte Gefahr: Von der rücksichtslosen bis brutalen Vorgehensweise dieser Gegner einmal abgesehen, bedrohen solche Aktionen essenzielle mittel- und langfristige Ziele der Gesellschaft. Dem sollte sie entschieden entgegenreten.

© Nature Publishing Group
www.nature.com
Nature 506, S. 133, 13. Februar 2014



Annahme der Richtlinie brachte Treue Ende November 2010 die »Basler Deklaration zur tierexperimentellen Forschung« mit auf den Weg. Wer sie unterzeichnet – schon über 2500 Wissenschaftler –, verpflichtet sich, seine Forschung an Tieren offen zu kommunizieren und den Dialog mit der Öffentlichkeit zu suchen. Die Erklärung zog eine Reihe neuer Initiativen nach sich. So wurde im letzten Jahr im schweizerischen Fribourg das Primatenkompetenz-Forschungszentrum (Swiss Primate Competence Center for Research, SPCCR) eingerichtet. Es versteht sich als Trainingsstätte für Wissenschaftler und andere Mitarbeiter von Schweizer Einrichtungen, die mit Primaten arbeiten, und als zentrale Unterrichts- und Anlaufstelle für die Bürger.

Plädoyer für mehr Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Wissenschaft

Einige Wissenschaftler nutzen ihre Websites für Öffentlichkeitsarbeit, andere haben das zumindest vor – wie Pieter Roelfsema vom niederländischen Institut für Neurowissenschaft in Amsterdam. Noch hätten Tierschützer keinen seiner Mitarbeiter belästigt, erzählt er. Doch der Primatenforscher fürchtet, das könne sich bald ändern. Vor gut einem Jahr gab es im niederländischen Parlament Anfragen kleiner Parteien, darunter die Niederländische Partei für Tiere, ob Forschung an Affen nötig sei, ob sie durch alternative Methoden ersetzbar wäre und ob sich die Anzahl der staatlich geförderten Institute für Affenforschung verringern ließe. Roelfsema möchte nun eine Internetseite einrichten, die den Wert solcher Wissenschaft darstellt.

Er orientiert sich dabei an der Website von Nikos Logothetis vom Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik in Tübingen, die jede Woche tausende Besucher aufrufen. Sie wurde nach einem Presse-Debakel eingerichtet. 2009 hatte Logothetis Journalisten eines Fernsehsenders sein Institut gezeigt, in der Annahme, sie würden beeindruckt sein, wie komfortabel die Affen untergebracht sind und wie entspannt und zufrieden sie wirken. Heraus kam stattdessen ein Be-

richt von einem irgendwie irren Wissenschaftler inmitten leidender Tiere. Diese Erfahrung, so Logothetis, habe ihm klargemacht, dass die wissenschaftlichen Organisationen auf die eskalierenden Absurditäten von Seiten radikaler Tierschützer dringend reagieren müssen.

Im Unterschied zu Bremen werden die Forscher in Tübingen jedoch von der Politik unterstützt. Sogar der derzeitige Oberbürgermeister Boris Palmer – Mitglied der Grünen, die nicht gerade dafür bekannt sind, dass sie Tierversuchen positiv gegenüberstehen – übte an Flugblättern von Aktivisten öffentlich Kritik. Deren Inhalt bezeichnete er als unwahr und die Art, wie Logothetis behandelt wird, als inakzeptabel. »Man sieht hier, welchen Einfluss die Lokalpolitik hat«, meint Treue. Auch das Göttinger Primatenzentrum erfährt solche Unterstützung. Nicht zuletzt die EU-Richtlinie vermittelt den Forschern das Gefühl, dass sich die Zustände nun stabilisieren.

Völlig anders ist die Lage in Italien. Dort attackierten Tierschutzaktivisten 2012 eine Beagle-Zuchtstation bei Brescia, die später geschlossen wurde. 2013 sabotierten sie Experimente an der Universität Mailand. Kürzlich verteilten sie in der Nähe der Wohnungen einiger Forscher Flugblätter mit deren Fotos, Adressen und Telefonnummern. 2012 war es so weit, dass sich einige populistische italienische Politiker auf die Seite der Tierrechtler schlugen und deren Argumente bei der Umsetzung der EU-Richtlinie einbrachten. Der Gesetzesvorschlag enthielt daraufhin entgegen der EU-Vorgabe schärfere Bestimmungen: Xenotransplantationen und Suchtforschung an Tieren sollten verboten werden. Italiens Wissenschaftler reagierten zu spät. Als sie endlich eine Petition zu Stande gebracht hatten – die dann in wenigen Wochen immerhin 13 000 Unterschriften erhielt –, war das Gesetz nicht mehr aufzuhalten. Es wurde im Dezember 2013 vom italienischen Parlament verabschiedet.

Affenforscher in Italien sind nun verunsichert, wie die Klausel umgesetzt wird, die Untersuchungen an nicht-menschlichen Primaten gestattet. »Es ist überhaupt nicht

klar, ob Grundlagenforschung weiterhin zulässig ist«, sagt der Neurophysiologe Roberto Caminiti von der Universität Rom La Sapienza, der in der Föderation der europäischen neurowissenschaftlichen Gesellschaften (FENS) den Vorsitz im Komitee für Tiere in der Forschung innehat. Nach dem neuen Gesetz müssen alle Anträge, die Affen, Katzen oder Hunde betreffen, außer von den lokalen Ethikkommissionen nun auch vom Obersten Gesundheitsrat genehmigt werden, der zudem Medikamentenzulassungen und klinische Protokolle absegnet.

In Belgien sieht es ebenfalls so aus, als würde bald ein Gesetz mit ähnlichen, gegenüber der EU-Richtlinie verschärften Klauseln durchkommen. Wie das italienische soll es Suchtforschung an Primaten untersagen und für Primatenstudien die Zustimmung eines nationalen Komitees verlangen. Weil der Gesundheitsminister stets das letzte Wort hätte, wäre die Absegnung solcher Forschungsprojekte nicht länger Sache der Wissenschaft oder Ethik, sondern der Politik.

Die Situation in der Schweiz

Die Schweiz ist kein EU-Mitglied und nicht an EU-Recht gebunden. Eine Verfassungsänderung vom Jahr 2000 zum Schutz der Würde von Tieren veranlasste die Schweizer Gerichte jedoch, auch Forschung an Affen einzuschränken. Wissenschaftler in Fribourg konnten Studien an Primaten zur Rückenmarkreparatur zwar fortsetzen, doch in Zürich wurde seit 2004 die Weitergenehmigung einiger Projekte zur Grundlagenforschung an Primaten versagt. Kevan Martin, einer der Direktoren am dortigen Institut für Neuroinformatik, musste die Kartierung von Mikroschaltkreisen des Makakengehirns 2006 einstellen: Die Behörden sahen darin keinen nahen praktischen Nutzen für die Allgemeinheit. Den Einspruch des Forschers wies das Bundesgericht zurück. »Wie soll angewandte Forschung ohne Grundlagenforschung möglich sein?«, lautet Martins knapper Kommentar.

In diesem politischen Klima setzen manche Schweizer Primatenforscher auf Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Länder. Botond Roska vom Friedrich-Miescher-Institut für Biomedizinische Forschung in Basel und seine Kollegen haben an Mäusen eine experimentelle Therapie für Retinopathia pigmentosa entwickelt, eine häufig auftretende Netzhauterkrankung, die bis zur Erblindung fortschreitet. Das Verfahren wäre eigentlich für Tests am Menschen reif, welche die kleine biomedizinische Firma GenSight Biologics in Paris durchführen könnte, die Roska mitbegründet hat. »Aber man darf nicht direkt von Mäusen zum Menschen gehen. Man weiß ja gar nicht, ob die neuronalen Schaltkreise überhaupt die gleichen sind«, sagt Roska. »Mäuse sind kein gutes Modell für menschliches Sehen.« Wegen der unsicheren Situation in der Schweiz führt er die Primatenversuche nun in Frankreich durch – wo Tierschutzaktivisten weniger politische Unterstützung finden –, zusammen mit GenSight und dem Pariser Institut de la Vision. Roska hofft, dass der erste menschliche Patient noch in diesem Jahr behandelt werden kann.

Vor der gleichen Schwelle stehen die Arbeiten von Per-Olof Berggren vom Karolinska-Institut in Stockholm. Er hat mit Hilfe von Mäusen eine Diabetestherapie entwickelt, die nun an Primaten getestet werden müsste. Nach seiner Einschätzung wären die Versuche in Schweden genehmigt worden, aber ihre Finanzierung hätte er nicht aufbringen können. In dem Land sind die Tierrechts- und Tierschutzvereinigungen sehr mächtig und die Vorschriften für Primatenhaltung entsprechend scharf; diese muss ausgesprochen großzügig und aufwändig gestaltet werden. Berggren entschied sich daher für Singapur. Die dortigen Einrichtungen seien erstklassig und entsprächen voll und ganz europäischen Standards. Auch bestünden langjährige Erfahrungen mit Affenforschung.

Viele europäische Wissenschaftler verlegen ihre Primatenstudien zurzeit nach Asien, was natürlich Auseinandersetzungen schürt und die Forschergemeinde spaltet. Während manche europäischen Forscher ein niedrigeres ethisches Niveau der Überwachung und des Tierwohls in einigen dieser Länder befürchten, beobachtet Martin die zunehmende Abwanderung von Experten mit Besorgnis. Laut der Europäischen Kommission wurden 2011 bereits über 25 Prozent weniger Affen in wissenschaftlichen Studien verwendet als 2008. Nach Martin ist es schon jetzt schwieriger als früher, für Eingriffe an den Tieren entsprechend spezialisierte Anästhesisten und Chirurgen zu finden. Die Entwicklung dürfte sich beschleunigen und immer schwerer rückgängig machen lassen.

Ein europäischer Forscher, der anonym bleiben möchte, erzählt nach einem zweiwöchigen Besuch bei einem führenden Institut in China, dass viele Europäer jetzt Arbeitsbeziehungen dorthin aufbauen würden. Wie er selbst äußern sich diese Kollegen darüber nicht öffentlich – sie möchten dem Ruf ihrer Herkunftseinrichtung nicht schaden. Ethische Bedenken hält er nicht für angebracht, weil die Standards denen in Deutschland und den Vereinigten Staaten entsprechen. Sein Anliegen ist zukunftsorientierte Forschung. Es tue gut, Energie und Optimismus zu erleben, statt immer nur ein Nein zu hören. ~

DIE AUTORIN



Alison Abbott ist Europakorrespondentin von »Nature«.

WEBLINK

Dieser Artikel im Internet: www.spektrum.de/artikel/1281869

© Nature Publishing Group
www.nature.com
Nature 506, S. 24–26, 6. Februar 2014